



e i n b l i c k

CDU - Gemeinderatsfraktion Mannheim



Carsten
Südmersen

Fraktionsvorsitzender

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

die CDU-Gemeinderatsfraktion freut sich, Ihnen die erste Ausgabe des Einblick im Jahr 2012 zu präsentieren.

CDU nimmt den Kampf gegen Rot-Rot-Grün auf

Bereits während der Etatberatungen im Dezember letzten Jahres wurden die Unterschiede zwischen der CDU und Rot-Rot-Grün deutlich. Die CDU hat sich für eine vernünftige Steuerpolitik und konsequenten Schuldenabbau stark gemacht, während das linke Lager in beispielloser Art und Weise ihre knappe Mehrheit ausgenutzt und ihre Klientel bedient hat.

Für die nächsten zweieinhalb Jahre bis zur Kommunalwahl wird es nun darauf ankommen, sich konsequent von SPD, Grünen und Linken abzugrenzen. Insbesondere die Themen Wirtschaft, Stadtentwicklung / Konversion, Sicherheit und Sauberkeit und Bildung werden noch stärker in den Fokus unserer politischen Arbeit rücken.

Neuer Fraktionsvorstand gewählt

Satzungsgemäß wurde Mitte Januar zur Hälfte der Legislaturperiode der Fraktionsvorstand neu gewählt. Hierbei wurde ich als Fraktionsvorsitzender, sowie Claudius Kranz und Marianne Seitz als meine Stellvertreter, im Amt bestätigt. Für den als Stellvertreter ausscheidenden Konrad Schlichter wurde Peter Pfanz-Sponagel, Sprecher der Fraktion im Ausschuss für Umwelt und Technik, als Stellvertreter gewählt. Ebenso gehören zukünftig der sicherheitspolitische Sprecher Steffen Ratzel und die bildungspolitische Sprecherin Rebekka Schmitt-Illert dem Vorstand an.

An dieser Stelle möchte ich Konrad Schlichter für sein fünfzehnjähriges herausragendes Engagement im Fraktionsvorstand herzlich danken. Auch Erwin Feike, der fünf Jahre dem Vorstand angehörte, danke ich für die gute Zusammenarbeit.

Mit dem neuen Fraktionsvorstand hat sich die CDU-Fraktion für die Herausforderungen der kommenden zweieinhalb Jahre gut aufgestellt und wird weiterhin geschlossen für den Erfolg der CDU zusammenarbeiten.

Carsten Südmersen
Fraktionsvorsitzender

Etatberatungen zum Doppelhaushalt 2011 / 2012

Rot-Rot-Grün mit beispielloser Machtdemonstration

Rot-Rot-Grün hat 85 Anträge eingebracht die den Haushalt der Stadt Mannheim strukturell in Millionenhöhe verschlechtert haben. Diese unvernünftige Ausgabenpolitik hat das strukturelle Defizit der Stadt Mannheim weiter erhöht, zulasten der kommenden Generationen.

Das linke Lager hat mit dem in den vergangenen Jahren konsensorientierten Miteinander im Gemeinderat gebrochen und fast alle Anträge anderer Fraktionen abgelehnt. Diese Machtdemonstration erfolgte in vielen Punkten auch gegen die Interessen des SPD-Oberbürgermeisters, der ebenfalls zahlreiche Abstimmungsniederlagen zu verzeichnen hatte.

Prostituiertenbeauftragte, Sozialticket, Radweg, verteuerter Badespaß

Rot-Rot-Grün hat während der Beratungen ohne Sinn und Verstand neue Stellen geschaffen. Zukünftig wird die Stadt jeweils einen Beauftragten für Homosexuelle, Prostituierte und Radfahrer beschäftigen. Anstatt bestehende Strukturen zu nutzen, blähen die Linken hier unnötig den Personalbestand der Stadt auf.

Auch die Einführung des Sozialtickets ist ein gutes Beispiel für rot-rot-grüne Geldverschwendung. Das Sozialticket soll allen sozial Schwachen zur Verfügung stehen, die staatliche Leistungen wie Hartz IV, Sozialhilfe oder Wohngeld beantragen. So sollen Leistungsbezieher verschiedene RNV-Tickets, nämlich Mehrfahrkarten, Monatskarten und Monatsabos kostenlos erhalten. Nach Ansicht der CDU-Fraktion ist dieses Vorhaben reine Geldverschwendung und wurde von Rot-Grün vor allem deshalb umgesetzt, um sich die Stimmen der Linken für die Zustimmung zum Haushalt zu kaufen. Die geplanten 400.000 € werden nach Aussage des Oberbürgermeisters und des Kämmers ohnehin nicht ausreichen um die gesamte Zielgruppe zu bedienen. Zudem handelt es sich um eine Doppelförderung, da im Hartz IV-Satz bereits eine ÖPNV-Komponente enthalten ist.

Gegen den Willen der CDU wurde auch ein Radweg in der Bismarckstraße durchgesetzt. Der Radweg zwischen Schloss und Hauptbahnhof soll rund 1,2 Millionen Euro kosten. Grundsätzlich unterstützt die CDU-Fraktion das 21-Punkte-Programm zur Verbesserung des Radwegenetzes und der Erhöhung der Sicherheit von Radfahrern. Die konkrete Maßnahme in der Bismarckstraße lehnt die CDU jedoch ab. Zum einen ist die Bismarckstraße Teil der Bundesstraßen 37 und 38 und erfüllt die Funktion als Zufahrtsstraße zu den Oberstadtquadranten der Innenstadt. Sie

Die CDU-Fraktion hat sich während den Etatberatungen klar von der Konkurrenz abgrenzen können. Im Bild: Fraktionschef Carsten Südmersen



Etatberatungen zum Doppelhaushalt 2011 / 2012

verzeichnet als eine der wichtigen Mannheimer Verkehrsachsen ein hohes Verkehrsaufkommen. Regelmäßig sind starke Rückstaus zu beobachten. Eine weitere Verengung der Bismarckstraße wird massive negative Auswirkungen auf den Verkehr haben. Zum anderen kritisiert die CDU-Gemeinderatsfraktion auch die hohen Kosten in Höhe von 1,2 Millionen Euro für die Umsetzung der Maßnahme. Da bereits hinter dem Schloss zwischen Universität und Hauptbahnhof ein Radweg existiert, der ohne Gefährdung durch das hohe Verkehrsaufkommen auf der Bismarckstraße genutzt werden kann, sind diese Ausgaben unnötig.

Weiterhin hat die rot-rot-grüne Mehrheit gegen die Stimmen der CDU die Eintrittspreise der städtischen Hallen- und Freibäder und die Mieten für Sporthallen und Schulsportstätten angehoben. Die Eintrittspreise in die Bäder steigen ab dem 1. April 2012 durchschnittlich um 5%. Dies trifft die Sportvereine und Freizeitsportler gleichermaßen.

CDU-Gemeinderatsfraktion hat den Haushalt abgelehnt

Die CDU-Gemeinderatsfraktion hatte sich bereits im Vorfeld der Etatberatungen gegen die von SPD, Grünen und Linken geplante Erhöhung der Gewerbesteuer von derzeit 415 auf 430 Hebesatzpunkte ausgesprochen. Im Jahr 2001 hatte die CDU die Gewerbesteuer erstmalig gesenkt.

Die Anhebung der Gewerbesteuer ist ein Schlag ins Gesicht der Mannheimer Unternehmen. Gerade in der Wirtschafts- und Finanzkrise haben die ansässigen Unternehmen von Entlassungen abgesehen und sogar neue Arbeitsplätze geschaffen. Die Mannheimer Unternehmen sind Job- und Wachstumsmotor in der Metropolregion Rhein-Neckar. Die Anhebung der Gewerbesteuer ist auch

ein abschreckendes Signal für potentielle Neuinvestoren. In Baden-Württemberg hat Mannheim jetzt den höchsten Gewerbesteuerersatz.

Ein weiteres Problem sieht die CDU in der Tatsache, dass in Mannheim viele Unternehmen angesiedelt sind, deren Hauptsitz nicht in der Stadt liegt. Der harte firmeninterne Wettbewerb um die Standorte entscheidet sich letztlich an der Lukrativität und an den Rahmenbedingungen. Hier kann Mannheim mit einer höheren Gewerbesteuer künftig das Nachsehen haben. Aus diesem Grund spricht sich die CDU-Fraktion eher dafür aus, ansässige Unternehmen bei ihrem Wachstum zu unterstützen.

Weiterhin sieht die CDU auch die Anstrengungen bei der Konversion in Gefahr. Die Stadt Mannheim hat durch die Gewerbesteuererhöhung ihre mit großem Aufwand betriebene Suche nach Investoren für die freiwerdenden Flächen entschieden behindert.

Die CDU-Gemeinderatsfraktion sieht bei der Stadt kein Einnahmen- sondern ein Ausgabenproblem. Gegenüber dem Haushaltsplan 2011 gab es Mehreinnahmen in Höhe von 70 Millionen Euro. Wichtig und richtig ist es, den Schuldenabbau konsequent voranzutreiben und weiter zu sparen. Damit liegen wir auf einer Linie mit der Wirtschaft Mannheims. Gegen die Pläne von Rot-Rot-Grün liefern auch die Industrie- und Handelskammer und der Bund der Selbständigen Sturm. Sie befürchten eine dauerhafte Schädigung des Standortes und ein Abzug von Unternehmen aus Mannheim.

Bläserphilharmonie und Oststadttheater gehen leer aus

Der Kulturetat der Stadt Mannheim umfasst

rund 50 Millionen Euro. Der größte Anteil geht mit 29,7 Millionen dabei an das Nationaltheater, die Kunsthalle bekommt 3,51 Millionen Euro Zuschuss und die Reiss-Engelhorn-Museen 5,4 Millionen.

Weniger erfreulich ist allerdings, wie großzügig Rot-Rot-Grün Gelder an die bereits massiv unterstützte linke Kulturszene verteilt, während die traditionsreiche Kultur der Stadt auf der Strecke bleibt.

So hat die CDU für die Mannheimer Bläserphilharmonie für die Haushaltsjahre 2012 und 2013 einen Projektmittelzuschuss in Höhe von 45.000 Euro beantragt.

Die Mannheimer Bläserphilharmonie, die seit Jahren herausragende Leistungen erbringt, trägt mit ihren internationalen Auftritten als kultureller Botschafter Mannheims bei und sollte für ihre Arbeit besser unterstützt werden. Beim Internationalen Blasmusikwettbewerb in Prag Anfang Januar hat das Orchester den Gesamtsieg davongetragen und somit seine wichtige Position als kultureller Bestandteil der Mannheimer Musikszene bekräftigt. Die Ablehnung der linken Mehrheit begründete sich vor allem darauf, dass die Bläserphilharmonie sich von der Musikschule losgelöst hatte.

Auch für das Oststadttheater, das sich aufgrund der Erneuerung der Kunsthalle eine neue Bleibe suchen muss, hatte die CDU-Gemeinderatsfraktion einen einmaligen Investitionszuschuss gefordert. Das Oststadttheater ist mit 30.000 Zuschauern pro Spielzeit Mannheims zweitgrößtes Theater. Bislang hat das Theater keine Zuschüsse von der Stadt erhalten und sogar noch eine Miete für die Nutzung des Kahnweilersaals im Mitzlaff-Bau von rund 35.000 Euro jährlich gezahlt.

Grün-Rot verursacht Bildungschaos in Baden-Württemberg



Rebeka
Schmitt-Ilert

Bildungspolitische Sprecherin

Die grün-rote Landesregierung macht zumindest ein Wahlkampfversprechen wahr und forciert, zum Schaden des Bildungsstandorts Baden-Württemberg, die Einführung von Gemeinschafts- bzw. Einheitsschulen. Die CDU-Gemeinderatsfraktion lehnt die Einrichtung von sozialistischen Einheitsschulen entschieden ab.

Einheitsschulen setzen Leistungsprinzip außer Kraft

Nach den Vorstellungen der baden-württembergischen Kultusministerin Gabriele Warminski-Leitheußer soll die Einheitsschule aus den Klassenstufen 5-10 bestehen. Allerdings kann die Schule auch auf die Klassenstufen

1-4 und 11-13 ausgeweitet werden. Erworben werden können nach Klasse 9 der Hauptschulabschluss, nach Klasse 10 der Haupt- oder der Realschulabschluss und, sofern eine Sekundarstufe II eingerichtet ist, das Abitur nach der Klassenstufe 13. Die bisherigen Klassenverbände sollen durch sogenannte Lerngruppen ersetzt werden. Hier soll nach den Plänen des Kultusministeriums besonders auf die Heterogenität Wert gelegt werden, d.h. leistungsstarke Schüler sollen mit leistungsschwächeren in einem Lernverband unterrichtet werden. Auch das sogenannte „Sitzenbleiben“ soll es in der neuen Schulform nicht mehr geben. Unabhängig von ihren Leistungen sollen Schüler in jedem Fall die nächste Klassenstufe erreichen können.

Die ersten Einheitsschulen sollen in den Jahrgangsstufen 5 und 6 nach dem Bildungsplan der Realschule arbeiten, wobei auch gymnasiale Standards miteinbezogen werden sollen.

Unausgereiftes Konzept und unrealistische Hoffnungen

Mit ihren Plänen verabschiedet sich die Landesregierung vom erfolgreichen Schulsystem in Baden-Württemberg. Die CDU-Landtagsfraktion kritisiert, dass die Planung der Kultusministerin von vielen Unbekannten und von unrealistischen Hoffnungen getragen werde.

Die CDU-Gemeinderatsfraktion kritisiert insbesondere, dass die individuelle Förderung von Kindern und Jugendlichen durch die Gleichmacherei untergeht. Die Vermischung von leistungsstärkeren und -schwächeren Schülern wird sich negativ auf die Leistungen der Erstgenannten auswirken.

CDU-Fraktion fordert Stärkung der Gymnasien

Die CDU-Gemeinderatsfraktion plädiert für die Weiterführung und -entwicklung des erfolgreichen Bildungssystems in Baden-Württemberg und fordert eine weitere Stärkung der Gymnasien. Nach Ansicht der CDU kann nur das Gymnasium eine Schulbildung auf höchstem Niveau gewährleisten.

Grün-Rot verursacht Bildungschaos in Baden-Württemberg

Der Fraktionsvorsitzende hat in seiner Etatrede vorgeschlagen, ein neues Gymnasium in Käferthal anzusiedeln. Aufgrund der freierwerdenden Konversionsflächen ist dort in den kommenden Jahren mit einem Zuzug von Familien zu rechnen. Des Weiteren existieren dort zwar einige Grundschulen, jedoch keine weiterführende Schule.

G9-Modellversuch – ein weiterer Baustein im bildungspolitischen Chaos

Parallel zu den Plänen der Einführung der Einheitsschulen hat die Landesregierung auch die optionale Wiedereinführung von G9 an allgemeinbildenden Gymnasien beschlossen. Die Einführung des achtjährigen Gymnasiums erfolgte im Schuljahr 2001 / 2002. Gleichwohl zu Beginn des ersten G8-Jahrgangs an manchen Stellen vor allem von Schülern und Eltern Kritik an der Reform geäußert worden ist, arbeiten die Gymnasien mittlerweile sehr erfolgreich. Zudem ist die ehemalige Landesregierung damals

intensiv auf die Beschwerden eingegangen. So war und ist nicht zutreffend, dass Schüler zwangsweise ihre Nachmittage in der Schule verbringen müssten. Auch die Lehrpläne wurden im Zuge der Umstellung von G9 auf G8 gewaltig entrümpelt. Aktuelle Untersuchungsergebnisse des Landesinstituts für Schulentwicklung belegen außerdem deutlich, wie erfolgreich die Umsetzung auf das achtjährige Gymnasium im Land war.

Die Wiedereinführung von G9 ist somit völlig überflüssig und sorgt für weiteres Chaos in unserer Bildungslandschaft.

Angriff auf Ministerin Warminski-Leitheußer

Auch innerhalb des Kultusministeriums herrscht heilloses Durcheinander. Pünktlich zum Jahreswechsel hat der Leiter der Abteilung Schulorganisation und Lehrerbildung, Manfred Hahl, seine Vorgesetzte angegriffen. Der Wechsel an der Spitze des Kultusministeriums werde von vielen Mitar-

beitern „weniger als Aufbruch als vielmehr als Abbruch wahrgenommen“. Deutliche Kritik übt der Abteilungsleiter insbesondere am Kommunikationsstil der Ministerin, der Misstrauen und Intransparenz vorgeworfen werde. Irritiert zeigen sich viele Mitarbeiter im Ministerium auch davon, dass ihre Sachkompetenz ungenutzt bleibe. So wurde beispielsweise für die Einführung der Gemeinschaftsschule eine neue Stabstelle geschaffen und die Leitung einem getreuen SPD-Parteifreund übergeben.

Keine Experimente

Die CDU-Gemeinderatsfraktion spricht sich deutlich dafür aus, jegliche Modellversuche am Schulsystem zu unterlassen und stattdessen das erfolgreiche Bildungs- und Schulmodell weiterzuführen. Dass Kinder als Versuchskaninchen für übereilte linke Reformen herhalten müssen, gefährdet den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Baden-Württemberg und damit auch die Zukunft des Landes nachhaltig.

Videoüberwachung zur Steigerung der Sicherheit



Steffen
Ratzel

Sicherheitspolitischer
Sprecher

Nachdem der erst vor wenigen Wochen eingeweihte S-Bahn Haltepunkt „Arena/Maimarkt“ mit Graffiti beschmutzt worden ist, fordert der sicherheitspolitische Sprecher der CDU-Fraktion Steffen Ratzel eine Videoüberwachung in der Unterführung.

Es steht zu befürchten, dass solche Sachbeschädigungen auch in Zukunft stattfinden werden. Aus diesem Grund wäre die Anbringung einer Überwachungskamera ein probates Mittel, jugendliche Täter von derartigen „Schmierereien“ abzuhalten. Nutzer von verunstalteten Haltestellen nehmen sie schnell als „Angstraum“ wahr und meiden diese. Eine Videoüberwachung würde zukünftigen Vandalismus eindämmen und das subjektive Sicherheitsempfinden steigern. Zudem fordert die CDU-Fraktion Kontrollgänge von Polizei und kommunalem Ordnungsdienst.

Auch an Schulen Wiedereinführung der Videoüberwachung

Bereits im Juli 2011 hatte die CDU-Fraktion einen Antrag gestellt, die Videoüberwachung an Schulen wieder einzuführen. Im Jahr 2008 mussten die bis dahin an 17 Mannheimer Schulen installierten Anlagen aufgrund mangelnder rechtlicher Grundlagen wieder abgeschaltet werden.

Die damals vom Landesbeauftragten für den Datenschutz bemängelte fehlende gesetzliche Regelung zum Eingriff in das

Haltestellen, wie der S-Bahn Haltepunkt Arena/Maimarkt, werden häufig mit Graffiti verunstaltet



verfassungsrechtlich garantierte Recht auf informationelle Selbstbestimmung ist jedoch kurz vor dem Regierungswechsel in Baden-Württemberg eingeführt worden. Damit besteht gemäß Landesdatenschutzgesetz seit dem 1. April 2011 das Recht, Videoüberwachungen an Schulen durchzuführen. Die CDU-Gemeinderatsfraktion plädiert dafür, von diesem Recht schnellstmöglich Gebrauch zu machen.

Gute Erfahrungen mit der Videoüberwachung

Die Forderung der CDU-Gemeinderatsfraktion wird auch durch Eltern, Schüler und Lehrer massiv unterstützt. Ein Großteil sieht die optisch-elektronische Überwachung nicht als Eingriff in ihre Persönlich-

keitsrechte. Vielmehr wird das erzeugte Gefühl von Sicherheit geschätzt.

Aus Sicht der CDU-Fraktion könnte auch auf öffentlichen Plätzen so das Gefühl subjektiver Sicherheit gestärkt werden. Aber auch objektiv hat die einstmals vorgenommene Videoüberwachung zur Verbesserung der Sicherheit an den beteiligten Schulen geführt. Mehrere Schulen berichten, dass nach Abschaltung der Kameras der Vandalismus an Schulgebäuden und Einrichtungen ebenso zugenommen hat, wie Auseinandersetzungen mit schulfremden Personen. Darüber hinaus war eine Steigerung von Gewalttätigkeiten unter Schülern ebenso registriert worden, wie die Zunahme von Diebstählen und Einbrüchen.



**Bernd
Kupfer**

Sportpolitischer Sprecher

Mit dem Fußballsport aufgewachsen spielte Bernd Kupfer schon früh in diversen Jugendauswahlmannschaften mit Maurizio Gaudino, Bayern- Vorstopper Oliver Kreuzer und dem späteren Fußballweltmeister Jürgen Kohler. Mit dem erfolgreichen ASV Feudenheim ist er in die 1. Fußball-Amateur-Liga aufgestiegen.

Ein schwerer Berufsunfall hatte dem weiteren aktiven Sport Grenzen leider gesetzt. Nun spielt er neben Tennis noch einmal wöchentlich Fußball mit seinen Altherren-Sportfreunden vom ASV Feudenheim und der SpVgg Ilvesheim.

Außerdem ist er erfolgreich die Marathonstrecken in Chicago, Berlin und in Mannheim gelaufen.

Der Sport hat Bernd Kupfer schon immer in seiner ganzen Breite fasziniert. So geht er mit Freunden regelmäßig zu Eishockey-, Fußball- und Basketballspielen, zu Leichtathletikereignissen bei der MTG und zum Hockey beim MHC und TSV.

Bei so viel Sportbegeisterung war es naheliegend, auch ein Ehrenamt im Verein zu übernehmen. Als erster Vorsitzender des ASV Feudenheim mit über 900 Mitgliedern begrüßte Bernd Kupfer bereits zahlreiche Sportpersönlichkeiten wie den DFB-Präsidenten Dr. Zwanziger, den ehemaligen ADIDAS-Vorstandsvorsitzenden René C. Jäggi, Turnweltmeister Eberhard Gienger MdB, Trainer Klaus Schlappner und Fußballreporter Marcel Reif als Gäste.

Der Beruf als geschäftsführender Gesellschafter eines Fachbetriebes im Bereich Denkmal- und Bautenschutz hat ihn in 25 Jahren gefordert und geprägt. Mit zum Teil über 20 Mitarbeitern war die Firma in der Region an verschiedenen Gebäuden im Stadtbild tätig, wie zum Beispiel bei der Generalsanierung des Wohnhauses Collini-Center, dem Pädagogischen Institut in Heidelberg, dem Neubau des Altenpflegeheims Maria-Scherer-Haus in Rheinau, dem Neubau des Mönchhofplatzes in Sandhofen, dem Neubau des Ostasien-Instituts in Ludwigshafen, des Bio-Abfallkompostwerks Heidelberg, der Aufstockung der Eberhard-Gothein-Schule in Mannheim und bei vielen weiteren Baumaßnahmen.

Für alle großen Bauunternehmungen wie Bilfinger + Berger, Züblin, D+S, Hochtief und Holzmann konnten Aufträge abgewickelt werden. Auch für das Staatliche Hochbauamt, dem Universitätsbauamt und den

Entspannung bei Gartenarbeit mit „Yule“



städtischen Bauämtern in Mannheim, Heidelberg, Ludwigshafen und Schwetzingen wurden Aufträge ausgeführt.

Als anerkannter Ausbildungsbetrieb beschäftigt Bernd Kupfer zahlreiche Jugendliche im gewerblichen- und im kaufmännischen Bereich und beweist auch hier sein soziales Engagement.

Als sportpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion liegt Bernd Kupfers Schwerpunkt bei der Förderung und Unterstützung der Vereine, insbesondere im Jugend- und Nachwuchsbereich. Dabei fordert er vor allem, dass die Rahmenbedingungen der Vereine zur Ausführung ihres Sportangebotes für die Mitglieder weiter gestärkt und gesichert werden.

Mit seiner Frau Sabine, die seine Leidenschaft für den Sport teilt, entspannt er gerne in seinem Garten. Mit dabei ist dann auch sein junger Hund, der Airdale-Terrier „Yule“.

Bernd Kupfer ist Sportpolitischer Sprecher der CDU-Gemeinderatsfraktion und Mitglied in folgenden Ausschüssen:
Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Soziales
Ausschuss für Sport und Freizeit
Integrationsausschuss

Impressum

Herausgeber: CDU-Gemeinderatsfraktion Mannheim
Verantwortlich: Fraktionsgeschäftsführer Matthias Sandel
Redaktion: Alexandre Hofen-Stein, Matthias Sandel
Fotos: Portraitfotos CDU-Gemeinderatsfraktion
Seite 1: Henne
Seite 3: Hofen-Stein
Seite 4: Kupfer
Gestaltung: zauber.de Mannheim
Druck: Müller Druck Mannheim

Anschrift

CDU-Gemeinderatsfraktion Mannheim
E 5 Rathaus
68159 Mannheim
Tel.: 0621-293-2190
Fax: 0621-293-9440
cdu@mannheim.de
www.cdu-mannheim.de



Termine und Veranstaltungen

06.02.2012, 19.11 Uhr:
Empfang zu Ehren der Mannheimer Karnevalsvereine, Ratssaal, Stadthaus N1
(Anmeldung erforderlich unter 0621 293 – 2192)

29.02.2012, 19.00 Uhr
Bürgergespräch Käfertal, Kulturhaus Käfertal, Gartenstraße 8